



ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Hagen
FDP-Fraktion im Rat der Stadt Hagen
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Hagen
Fraktion Bürger für Hohenlimburg /Piraten Hagen
Fraktion Die Linke im Rat der Stadt Hagen
Fraktion Hagen Aktiv im Rat der Stadt Hagen
SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Vorschlag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90 / Die Grünen, Die Linke., Hagen Aktiv, FDP, Bürger für Hohenlimburg / Piraten Hagen
hier: Resolution des Rates der Stadt Hagen -Prevent TWB-

Beratungsfolge:

26.09.2019 Rat der Stadt Hagen

Beschlussvorschlag:

Resolution des Rates der Stadt Hagen -Prevent TWB-

Was sich am Donnerstag vor einer Woche vor den Werkstoren des Unternehmens TWB an der Sedanstraße abgespielt hat, ist in der Unternehmensgeschichte unserer Stadt wohl einmalig: Nach einer bereits vor Monaten vorangegangenen Kündigungswelle wurden die verbliebenen 140 Mitarbeiter von heute auf morgen ohne jegliche Vorwarnung ausgesperrt.

Genaue und verlässliche Informationen zur Zukunft des Hagener Automobilzulieferbetriebs blieben aus der Werks- und Konzernführung bislang aus, sodass die Arbeitnehmer nunmehr seit einer Woche um ihre Arbeitsplätze bangen müssen.

Die Ratsfraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Hagen Aktiv, Die Linke, FDP und BfHo/Piraten verurteilen dieses Menschen verachtende Vorgehen der Verantwortlichen bei Prevent TWB auf das Schärfste und fordern die Konzernleitung auf, die Beschäftigten an ihre Arbeitsplätze zurückkehren zu lassen.

Selbst, wenn das Unternehmen in eine mögliche Schieflagen geraten sein sollte, ist eine solche Aussperrung nicht zu rechtfertigen. Die Ratsfraktionen bedauern sehr, dass die Mitarbeiter und ihre Familien ein derart unsoziales Vorgehen seitens des Arbeitgebers erleiden müssen.



Die Konzernmutter Prevent, die durch ihre Kampfstrategie gegenüber VW die Schieflage des über viele Jahre gut aufgestellten Unternehmens TWB in Hagen mit ausgelöst hat, wird aufgefordert, den Betriebsstandort Hagen und zumindest die verbliebenen Arbeitsplätze zu sichern.

Kurzfassung
entfällt

Begründung
siehe Anlage

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

sind nicht betroffen